

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr: Donhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Donhoff 3600-3666. Telegrammnummer: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 22 Pf., Familien-Anm., mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anzahl] - Nr 347

SONNABEND, 22. JULI 1933

MORGEN-AUSGABE

Heute preussischer Ministerrat

Göring beruft Polizeipräsidenten, hohe Justizbeamte, SA und SS-Führer nach Berlin

Ministerpräsident Göring wird nach der Geheimhaltung in Kompen auf Ent, an der außer ihm der preussische Justizminister Kerrl, Staatssekretär Körner von Staatsministerium, Staatssekretär Freisler vom Justizministerium, der Leiter der preussischen Polizei, Ministerialdirektor Salovey und Ministerialrat Niels vom Geheimen Staatspolizeiamt teilnehmen, seinen Urlaub abbrechen und nach Berlin kommen. Am Laufe des heutigen Vormittags wird ein preussischer Ministerrat stattfinden, der sich mit neuerartigen, sehr scharfen Maßnahmen und Gesetzen auf dem Gebiete des Strafrechts in Preußen beschäftigen wird.

Zu gleicher Zeit sind einberufen worden sämtliche Polizeipräsidenten Preußens, sämtliche Generalstaatsanwälte und sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten, dazu die Leiter der Geheimen Staatspolizeistellen ganz Preußens. Der Staatschef der SA und SS, preussischer Staatsrat Röhm, ferner sämtliche SA- und SS-Obergruppenführer und Gruppenführer Preußens sind für heute nachmittags nach Berlin geladen. Ministerpräsident Göring wird vor diesen Gruppen seine neuen Pläne erläutern, und es ist zu erwarten, daß sich an den Vorlauf der neuen Gesetze und Verordnungen weitgehende Maßnahmen im Laufe des heutigen Tages knüpfen.

Wie das Conto-Büro dazu erfährt, hat Ministerpräsident Göring die Einmündung der letzten Monate bezüglich des Aufbaus des Staates in absoluter Verschwiegenheit und absolutem Rechtsfrieden beobachtet und die Feststellung gemacht, daß Maßnahmen notwendig sind, um für die Zukunft diese Rechtsfriedens und diesen Rechtsfrieden

für alle Zeiten zu sichern. Der Schutz der Kämpfer der nationalen Revolution soll unter allen Umständen sichergestellt werden.

Deshalb haben alle Staatsanwaltschaften und Gerichte Preußens seit Tagen eine erhöhte Tätigkeit aufzuweisen. Z. B. ist der Kommunist, der vor zwei Tagen in Hülstedorf einen Jungen überfallen und niederstößt, schon gestern abgeurteilt worden, nachdem vorgestern Anklage erhoben worden war. Der Kommunist wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil die Verletzung des Ueberfallenen verhältnismäßig gering waren. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Haftstrafe beantragt. In der vor drei Tagen in Wilmten an der Ahrer vorgekommenen Straftat ist Donnerstag Anklage erhoben worden und gestern das Urteil gesprochen worden.

Die Rechtsfriedens und der Schutz der Rechtsgüter des Staates soll durch herabgesetzte Verhandlungen, wie das Conto-Büro sagt, gesichert werden. Es sind sowohl gesetzliche als auch andere Maßnahmen geplant, deren Ministerpräsident Göring ganz besondere Bedeutung beilegt. Das geht schon daraus hervor, daß er sämtliche leitenden Polizeibeamten und Richter Preußens sowie sämtliche Führer der Verbände der nationalsozialistischen Revolution nach Berlin geladen hat. Durch erhöhte Schnelligkeit und auch erhöhte Aktivität insbesondere des Geheimen Staatspolizeiamtes solle dafür gesorgt werden, daß auch nicht die geringste Bewegung gegen die Kämpfer der nationalsozialistischen Revolution und gegen den neuen Staat möglich ist. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß künftig in vermehrtem Umfang bei Sabotage der Arbeit der nationalen Regierung die Todesstrafe verhängt werden wird.

abkommen zwischen Italien und Jugoslawien scheinen uns weit entfernt. Die Probleme des Donauraums sind so schwierig und die Wünsche Frankreichs und Italiens auf diesem Gebiet gingen bisher wenigstens so weit auseinander, daß ein Erfolg der Verhandlungen auch beim besten Willen zur Verhandlung keineswegs garantiert erscheint...

In diesen Tagen, wahrscheinlich am Dienstag, den 25., kommt der ungarische Ministerpräsident Gömbös nach Rom zu Verhandlungen, bei denen, wenn auch Wirtschaftsfragen im Vordergrund stehen, sicherlich auch die aktuellen Probleme zur Sprache kommen, und es ist kaum anzunehmen, daß die Ministerpräsidenten und die Gömbös vertreten wird, sich ohne weiteres mit denen decken, die Titulescu etwa vorbringen könnte.

Beginn in Bayreuth

Bericht der Vossischen Zeitung

BAYREUTH, 21. JULI

Der Bayreuther Schopenhauerplatz 1933 nunmehr gefestigt ihren verhängnisvollen Anfang. Es gab eine sehr gute, von Emil Prectorius neu ausgeschaltete, von Heinz Fietzen neu inszenierte Aufführung der „Meistersinger von Nürnberg“.

Die maßstabliche Leistung hatte Karl Elmendorff, der berühmte Hans Sachs der Bayreuther Stadt, Anwalt Bodelmann glänzte; es glänzte neben ihm die uns als Orosen wohlvertraute Maria Müller. Für sich selbst hatte Max Lorenz, der jüngst in Berlin mit seinem Kannahäuser großen Erfolg hatte, der Walter von Holzberg übernommen.

Die Atmosphäre in Bayreuth, besonders die auf dem Festspielgelände vor der Aufführung und in den Pausen, gewann diesmal dadurch einen besonderen Charakter, daß der Reichstheaterdirektor Wolf Hilfer und andere Mitglieder der Regierung anwesend waren. Sie mochten der Aufführung bei und wurden schon bei der Ankunft von den Bayreuthern und den Festspielgästen mit stürmischen Heulrufen begrüßt. Beim Verlassen und Wiederbetreten des Festspielhauses niederholten sich die Demonstrationen.

Das Publikum war in echterer Stimmung. Das mit ungeheurer Spannung durchgeführte Schlußbild löste gewaltigen Jubel aus.

Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsstreckung

Das Kabel aus Amerika will nicht mehr zur Ruhe kommen. Roosevelt produziert in seinen Anstrengungen zur Beseitigung der Weltwirtschaftsunruhen neue Maßnahmen. Mindestlohn, kontrollierte Preise, Farmhilfen, Rentenhilfen, Hausbauausgleich. Uns Deutschen sind das alles wohlbekannte Dinge. Obgleich bekannt wie die Arbeitsstreckung durch Beseitigung der Arbeitszeit, die sich verspricht in den beteiligten Staaten in Angriff genommen werden soll.

Eine gewisse Parallelität ist überhaupt unentweifelbar durch die Verschiedenheit der Entwicklung der Währung. Auch bei uns hat der Gedanke der Arbeitsstreckung neues Leben gewonnen. Die öffentlichen Arbeiten, die auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni in Angriff genommen werden, sollen grundsätzlich mit einer Arbeitszeit von vierzig Stunden wöchentlich ausgeführt werden. Die Arbeitszeitverkürzung ist damit für die Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen. Grundständig festgelegt werden. Die gleiche Tendenz wurde von den Verbänden der Arbeit aufgenommen. Im Märzgebiet ist ein Abkommen abgeschlossen worden, nach dem die Zahl der Feierlichkeits vermehrt werden soll, um feierliche Vergleiche wieder in Arbeit zu bringen.

Der Gedanke der Arbeitsstreckung hat ein bewegtes Schicksal gehabt. Bereits vor Jahren hat er die öffentliche Diskussion lange beherrscht. Kommissionen haben ihn erörtert, Programme sind darauf gegründet worden. Und schließlich in einer Arbeitsstreckung-Bewegung in der Form einer Einmündung eines gesetzlichen Arbeitszeit. Das war im Jahre 1928. Dann wurde es still um die Arbeitsstreckung. Jetzt ist die Idee wieder aufzuerstehen.

Das ist kein Zufall. Denn daß die Arbeitsstreckung damals aus dem Kreis der praktisch möglichen Maßnahmen ausschied, war beinahe zwangsläufig. Die immer weiter einschrumplende Produktionsfähigkeit hatte zur Folge, daß die Kurzarbeit stark im sich zeigte, die auch eine Arbeitsstreckung ist, aber nicht die Arbeitsstreckung, die dazu dient, um arbeitslose Arbeiter neu in die Arbeit zu stellen, sondern bereits in Arbeit befindliche vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Es war zugleich die Zeit der Lohnkämpfe. Eine zusätzliche Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich hätte eine weitere Kürzung der effektiven Lohn-einkommen bedeutet. Sie wären dadurch alzu hoch den Gehältern der öffentlichen Fürsorge angelehnt worden.

Auf Grund der veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse aber gewinnt jetzt die Arbeitszeitverkürzung als zusätzliche Maßnahme der Arbeitsbeschaffung wieder eine neue Bedeutung. Die Kurzarbeit hat immer noch einen erheblichen Umfang. Aber sie hat im Zuge der Beseitigung der Beschäftigungslage bereits eine wertvolle Verminderung erfahren. Es ist anzunehmen, daß diese Entwicklung sich fortsetzen wird. In dem Maße wie die Kurzarbeit zurückgeht, eröffnen sich für die Arbeitsstreckung vergrößerte Möglichkeiten.

Arbeitsstreckung, neue zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten eröffnen, das kann die Arbeitsstreckung allerdings nicht. Arbeitsstreckung heißt Verteilung der vorhandenen Arbeit auf eine größere Anzahl Arbeiter. Für den Arbeitslosen, der auf diese Weise wieder in Arbeit kommt, ist der Unterschied freilich ziemlich bedeutungslos. Es ist daher nicht mehr notwendig, Gründe für die Zweckmäßigkeit einer Arbeitsstreckung anzuführen. Notwendig ist, sich mit den Gründen, die gegen sie ins Feld geführt werden, auseinanderzusetzen.

Klar ist, daß eine Uneinmündung Arbeitsloser mit Hilfe einer Arbeitsstreckung überall dort erforderlich ist, wo sie in vermehrten Maße für die Wirtschaft führen muß. Arbeitsbeschaffung ist eine Vermehrung der Arbeitsplätze werden in den wenigsten Fällen möglich sein. Die Arbeitsplätze mit allem was dazu gehört, von Werkzeugen bis zur Unter-faute und zum Arbeitsplatz, müssen alle vorhanden sein. Man darf annehmen, daß dieser Fall heute die Regel ist. Die Arbeitsstreckung darf ferner nicht zu einer Vermehrung der Lohnkosten führen. Damit entfällt die Möglichkeit eines Lohnausgleichs, so wünschenswert ein solcher Ausgleich sonst ist.

Weniger schwer wiegt der Einwand vermehrter Verwaltungsunkosten. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Mehrarbeit der Lohnausgleichung z. B. in den allermeisten Fällen von den vorhandenen Kräften bewältigt werden muß. Warum sollte das auch bei einer Arbeitsstreckung nicht möglich sein? Es ist richtig, daß die Arbeitszeiten, auf die Beträge durch den häufigen Schichtwechsel, durch Ver-

Italienisch-rumänische Verhandlungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 21. JULI

Der rumänische Außenminister Titulescu ist, wie ich erfahre, gestern in Buedig eingetroffen. Wenn auch die Wahl des Ortes darauf schließen läßt, daß sein Aufenthalt in erster Linie der Erläuterung dient, so kann man doch sicherlich annehmen, daß der rumänische Außenminister ihn nicht auch zu außerpolitischen Gesprächen mit den italienischen Regierungsstellen beabsichtigt. Man weiß, daß die italienisch-rumänische Freundschaftsverträge nur um sechs Monate verlängert worden sind, um Zeit für eine Neuregelung zu gewinnen, die den Charakter des zur Zeit gültigen Vertrags wieder in Mithiermitzung mit der Umgestaltung der italienischen Außenpolitik bringen soll. Darüber hinaus aber darf nicht vergessen werden, daß Rumänien zur Zeit der einzige Staat der Kleinen Entente ist, mit dem Italien in einem politischen Vertragsverhältnis steht. Bei seinen ausgezeichneten Beziehungen, auch zu Paris, könnte Titulescu der gegebene Vermittler zwischen Italien und Jugoslawien sein, zwischen denen sich in der letzten Zeit das Verhältnis recht erheblich entspannt hat. Die freundlichen Beziehungen über den Bierpakt, die der jugoslawische Gesandte in Paris abgeben hat, sind in Rom mit Vergnügen aufgenommen worden, und es wird sich sehr wohl erwarten, wenn eine so wenig feindselige und ausgesprochen entgegengesetzte Stellung wie der „Revere“ als Kommentar zu den Beziehungen des jugoslawischen Gesandten folgendes schreibt: Frankreich und Italien, beide unterzeichneten den Bierpakt-Entwurf nicht, um in veränderter Weise und unter neu veränderten Gesichtspunkten das Problem der Einmündung Jugoslawiens in das europäische Leben anzugehen.

Solche Sprache, daß man gegenüber Jugoslawien und dem Donauraum seit langem nicht mehr in der italienischen Presse vornehmen. Man darf allerdings nicht übersehen, daß die Beziehungen der Beziehungen zwischen Italien und der Kleinen Entente, die von Frankreich und sicherlich wohl auch von England aus Wärme gewinnend wird, zunächst nur atmosphärischer Natur ist. Konkrete Verhandlungen haben bisher kaum begonnen und alle Redensarten über ein unmittelbares bevorstehendes Ausglei-